

**No. 38069**

---

**Austria  
and  
Chile**

**Agreement between the Republic of Austria and the Republic of Chile on social security. Vienna, 19 June 1997**

**Entry into force: 1 December 1999, in accordance with article 22**

**Authentic texts: German and Spanish**

**Registration with the Secretariat of the United Nations: Austria, 17 January 2002**

---

**Autriche  
et  
Chili**

**Accord de sécurité sociale entre la République d'Autriche et la République du Chili.  
Vienne, 19 juin 1997**

**Entrée en vigueur : 1er décembre 1999, conformément à l'article 22**

**Textes authentiques : allemand et espagnol**

**Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : Autriche, 17 janvier 2002**

[ GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND ]

## ABKOMMEN ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER REPUBLIK CHILE ÜBER SOZIALE SICHERHEIT

DIE REPUBLIK ÖSTERREICH und DIE REPUBLIK CHILE,  
VON DEM WUNSCH GELEITET, die gegenseitigen Beziehungen auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit zu regeln,  
SIND ÜBEREINGEKOMMEN, folgendes Abkommen zu schließen:

### Abschnitt I

#### Allgemeine Bestimmungen

#### Artikel 1

##### Begriffsbestimmungen

(1) In diesem Abkommen bedeuten die Ausdrücke

- a) „Österreich“ die Republik Österreich,  
„Chile“ die Republik Chile;
- b) „Gebiet“  
in bezug auf Österreich dessen Bundesgebiet,  
in bezug auf Chile den Geltungsbereich der Politischen Verfassung der Republik Chile;
- c) „Staatsangehöriger“  
in bezug auf Österreich dessen Staatsbürger,  
in bezug auf Chile eine Person, die nach der Politischen Verfassung der Republik Chile diese Eigenschaft hat;
- d) „Rechtsvorschriften“  
die Gesetze, Verordnungen und Satzungen, die sich auf die in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Zweige und Systeme der sozialen Sicherheit beziehen;
- e) „zuständige Behörde“  
in bezug auf Österreich den Bundesminister, der mit der Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 Ziffer 1 bezeichneten Rechtsvorschriften betraut ist,  
in bezug auf Chile den Minister für Arbeit und Sozialfürsorge;
- f) „Träger“  
die Einrichtung oder die Behörde, der die Anwendung der in Artikel 2 Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften oder eines Teiles davon obliegt;
- g) „zuständiger Träger“  
den nach den anzuwendenden Rechtsvorschriften jeweils zuständigen Träger;
- h) „Versicherungszeiten“  
die Beitragszeiten, die in den Rechtsvorschriften, nach denen sie zurückgelegt wurden, als Versicherungszeiten bestimmt oder anerkannt sind, sowie sonstige Zeiten, soweit sie in diesen Rechtsvorschriften als den Versicherungszeiten gleichwertig anerkannt sind;
- i) „Geldleistung“  
eine nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Pension oder Geldleistung einschließlich aller hierzu gebührenden Zulagen und Erhöhungen.

(2) In diesem Abkommen haben andere Ausdrücke die Bedeutung, die ihnen nach den betreffenden Rechtsvorschriften zukommt.

#### Artikel 2

##### Sachlicher Geltungsbereich

(1) Dieses Abkommen bezieht sich

1. in Österreich auf die Rechtsvorschriften über
  - a) die Pensionsversicherung mit Ausnahme der Sondersicherung für das Notariat;
  - b) die Krankenversicherung und die Unfallversicherung hinsichtlich des Abschnittes II;
2. in Chile auf die Rechtsvorschriften über
  - a) das Neue Pensionssystem für Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenpensionen, das auf der individuellen Kapitalisierung beruht;

- b) die Systeme für Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenpensionen, die vom Institut für gesetzliche Fürsorge verwaltet werden;
- c) die Gesundheitssysteme hinsichtlich des Artikels 14.

(2) Dieses Abkommen bezieht sich auch auf alle Rechtsvorschriften, welche die in Absatz 1 bezeichneten Rechtsvorschriften zusammenfassen, ändern oder ergänzen.

### **Artikel 3**

#### **Persönlicher Geltungsbereich**

Dieses Abkommen gilt

- a) für Personen, für die die Rechtsvorschriften eines oder beider Vertragsstaaten gelten oder galten;
- b) für andere Personen, soweit diese ihre Rechte von den in Buchstabe a bezeichneten Personen ableiten.

### **Artikel 4**

#### **Gleichbehandlung**

(1) Bei Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates stehen, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, dessen Staatsangehörigen gleich:

- a) Staatsangehörige des anderen Vertragsstaates;
- b) Flüchtlinge im Sinne der Konvention über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 28. Juli 1951 und des Protokolls vom 31. Jänner 1967 hiezu, die sich im Gebiet eines Vertragsstaates gewöhnlich aufhalten.

(2) Absatz 1 berührt nicht die österreichischen Rechtsvorschriften betreffend

- a) Versicherungslastregelungen in Übereinkommen mit anderen Staaten;
- b) die Mitwirkung der Versicherten und der Dienstgeber in den Organen der Träger und der Verbände sowie in der Rechtsprechung in der sozialen Sicherheit;
- c) die Versicherung der bei einer amtlichen österreichischen Vertretung in einem Drittstaat oder bei Mitgliedern einer solchen Vertretung beschäftigten Personen.

(3) Absatz 1 gilt hinsichtlich der österreichischen Rechtsvorschriften über die Berücksichtigung von Kriegsdienstzeiten und diesen gleichgestellten Zeiten nur für chilenische Staatsangehörige, die unmittelbar vor dem 13. März 1938 die österreichische Staatsangehörigkeit besaßen.

### **Artikel 5**

#### **Leistungsübertragung**

(1) Geldleistungen, die einer in Artikel 4 bezeichneten Person oder deren Hinterbliebenen nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates gebühren, dürfen, soweit dieses Abkommen nichts anderes bestimmt, nicht deshalb gekürzt, geändert oder zum Ruhen gebracht werden, weil sich der Berechtigte im Gebiet des anderen Vertragsstaates vorübergehend oder gewöhnlich aufhält.

(2) Absatz 1 bezieht sich nicht auf die Ausgleichszulage nach den österreichischen Rechtsvorschriften.

## **Abschnitt II**

### **Bestimmungen über die anzuwendenden Rechtsvorschriften**

#### **Artikel 6**

##### **Allgemeine Regelung**

Soweit die Artikel 7 und 8 nichts anderes bestimmen, gelten für einen Erwerbstätigen die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, in dessen Gebiet die Erwerbstätigkeit ausgeübt wird. In bezug auf eine unselbständige Erwerbstätigkeit gilt dies auch dann, wenn sich der Sitz des Dienstgebers im Gebiet des anderen Vertragsstaates befindet.

#### **Artikel 7**

##### **Besondere Regelungen**

(1) Wird ein Dienstnehmer von seinem Dienstgeber zur Ausführung einer Arbeit in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so gelten während der ersten 60 Kalendermonate nach dieser

Entsendung die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so weiter, als wäre er in dessen Gebiet beschäftigt.

(2) Wird ein Dienstnehmer eines Luftfahrtunternehmens mit dem Sitz im Gebiet eines Vertragsstaates aus dessen Gebiet in das Gebiet des anderen Vertragsstaates entsendet, so gelten die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates so weiter, als wäre er in dessen Gebiet beschäftigt.

(3) Für die Besatzung eines Schiffes sowie andere nicht nur vorübergehend auf einem Seeschiff beschäftigte Personen gelten die Rechtsvorschriften des Vertragsstaates, dessen Flagge das Schiff führt.

#### **Artikel 8**

##### **Dienstnehmer der Regierung**

(1) Dieses Abkommen berührt nicht die Bestimmungen des Wiener Übereinkommens über diplomatische Beziehungen vom 18. April 1961 oder des Wiener Übereinkommens über konsularische Beziehungen vom 24. April 1963.

(2) Ungeachtet des Artikels 6 können Staatsangehörige eines Vertragsstaates, die von der Regierung dieses Vertragsstaates im Gebiet des anderen Vertragsstaates beschäftigt werden, innerhalb von drei Monaten nach Beginn ihrer Beschäftigung wählen, daß für sie die Rechtsvorschriften des ersten Vertragsstaates gelten.

#### **Artikel 9**

##### **Ausnahmen**

(1) Auf gemeinsamen Antrag des Dienstnehmers und des Dienstgebers oder auf Antrag eines selbständig Erwerbstätigen können die zuständigen Behörden beider Vertragsstaaten einvernehmlich Ausnahmen von der Anwendung der Artikel 6 bis 8 unter Berücksichtigung der Art und der Umstände der Erwerbstätigkeit vorsehen.

(2) Gelten für eine Person nach Absatz 1 die österreichischen Rechtsvorschriften, so sind diese Rechtsvorschriften so anzuwenden, als wäre sie im Gebiet Österreichs beschäftigt.

### **Abschnitt III**

#### **Bestimmungen über Leistungen bei Alter, Invalidität und an Hinterbliebene**

##### **Kapitel 1**

##### **Gemeinsame Bestimmungen**

#### **Artikel 10**

##### **Zusammenrechnung der Versicherungszeiten**

Hängt nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates der Erwerb, die Aufrechterhaltung oder das Wiederaufleben eines Leistungsanspruches von der Zurücklegung von Versicherungszeiten ab, so hat der zuständige Träger dieses Vertragsstaates, soweit erforderlich, die nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates zurückgelegten Versicherungszeiten zu berücksichtigen, als wären es nach den von ihm anzuwendenden Rechtsvorschriften zurückgelegte Versicherungszeiten.

##### **Kapitel 2**

##### **Leistungen nach den österreichischen Rechtsvorschriften**

#### **Artikel 11**

##### **Feststellung des Leistungsanspruches**

Beanspruchen eine Person, die nach den Rechtsvorschriften beider Vertragsstaaten Versicherungszeiten erworben hat, oder ihre Hinterbliebenen Leistungen, so hat der zuständige österreichische Träger nach den österreichischen Rechtsvorschriften festzustellen, ob die betreffende Person unter Zusammenrechnung der Versicherungszeiten nach Artikel 10 und unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen Anspruch auf Leistung hat:

- a) Hängt nach den österreichischen Rechtsvorschriften die Gewährung bestimmter Leistungen von der Zurücklegung der Versicherungszeiten in einem Beruf, für den ein Sondersystem besteht, oder in einem bestimmten Beruf oder in einer bestimmten Beschäftigung ab, so sind für die

Gewährung dieser Leistungen die nach den chilenischen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten nur zu berücksichtigen, wenn sie in einem entsprechenden System oder, wenn ein solches nicht besteht, im gleichen Beruf oder in der gleichen Beschäftigung zurückgelegt worden sind.

- b) Verlängern nach den österreichischen Rechtsvorschriften Zeiten der Pensionsgewährung den Zeitraum, in dem die Versicherungszeiten zurückgelegt sein müssen, so verlängert sich dieser Zeitraum auch durch entsprechende Zeiten der Pensionsgewährung nach den chilenischen Rechtsvorschriften.

#### Artikel 12

##### Berechnung der Leistungen

(1) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften auch ohne Anwendung des Artikels 10 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige österreichische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten festzustellen.

(2) Besteht nach den österreichischen Rechtsvorschriften nur unter Anwendung des Artikels 10 ein Leistungsanspruch, so hat der zuständige österreichische Träger die Leistung ausschließlich auf Grund der nach den österreichischen Rechtsvorschriften zu berücksichtigenden Versicherungszeiten und unter Berücksichtigung der folgenden Bestimmungen festzustellen:

1. Leistungen oder Leistungsteile, deren Betrag nicht von der Dauer der zurückgelegten Versicherungszeiten abhängig ist, gebühren im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu 30 Jahren, höchstens jedoch bis zur Höhe des vollen Betrages.
2. Sind bei der Berechnung von Leistungen bei Invalidität oder an Hinterbliebene nach dem Eintritt des Versicherungsfalles liegende Zeiten zu berücksichtigen, so sind diese Zeiten nur im Verhältnis der nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten zu zwei Dritteln der vollen Kalendermonate von der Vollendung des 16. Lebensjahres der betreffenden Person bis zum Eintritt des Versicherungsfalles zu berücksichtigen, höchstens jedoch bis zum vollen Ausmaß.
3. Ziffer 1 gilt nicht
  - a) hinsichtlich von Leistungen aus einer Höherversicherung,
  - b) hinsichtlich von einkommensabhängigen Leistungen oder Leistungsteilen zur Sicherstellung eines Mindesteinkommens.

(3) Erreichen die nach den österreichischen Rechtsvorschriften für die Berechnung der Leistung zu berücksichtigenden Versicherungszeiten insgesamt nicht zwölf Monate und besteht auf Grund dieser Versicherungszeiten allein kein Leistungsanspruch nach den österreichischen Rechtsvorschriften, so ist nach diesen Rechtsvorschriften keine Leistung zu gewähren.

#### Kapitel 3

##### Leistungen nach den chilenischen Rechtsvorschriften

#### Artikel 13

##### Chilenische Rechtsvorschriften

(1) Die Mitglieder einer chilenischen Pensionsfondsverwaltung finanzieren ihre chilenische Pension aus dem auf ihrem individuellen Kapitalisierungskonto angesammelten Betrag. Falls der angesammelte Betrag für die Gewährung einer Pension nicht ausreicht, die mindestens der vom Staat garantierten Mindestpension entspricht, haben die Mitglieder Anspruch auf die Zusammenrechnung der nach Artikel 10 anzurechnenden Versicherungszeiten, um die staatlich garantierte Mindestalters- oder Mindestinvaliditätspension zu erhalten. Das gleiche gilt auch für Berechtigte auf eine Hinterbliebenenpension.

(2) Zur Erfüllung der Voraussetzungen für eine vorzeitige Pensionierung im Neuen Pensionssystem nach den chilenischen Rechtsvorschriften gelten Mitglieder, denen eine Pension nach den österreichischen Rechtsvorschriften zuerkannt wurde, als Pensionisten der vom Institut für gesetzliche Fürsorge verwalteten Pensionssysteme.

(3) Erwerbstätige, die dem Neuen Pensionssystem in Chile angehören, können als selbständig Erwerbstätige für die Dauer ihres Wohnortes in Österreich in dieses System freiwillig Versicherungsbeiträge einzahlen, unbeschadet dessen, daß auch die österreichischen Rechtsvorschriften betreffend die

Beitragspflicht zu erfüllen sind. Die Erwerbstätigen, die dieses Recht in Anspruch nehmen, sind von der Zahlung von Beiträgen zur Finanzierung der Gesundheitsleistungen befreit.

(4) Die Beitragszahler zu den vom Institut für gesetzliche Fürsorge in Chile verwalteten Pensionsystemen haben ebenfalls Anspruch auf Zusammenrechnung der Versicherungszeiten nach Artikel 10, um die Pensionsleistung nach den für sie geltenden Rechtsvorschriften zu erhalten. Hiebei gelten Personen, die Anspruch auf eine Pension nach den österreichischen Rechtsvorschriften haben, als aktuelle Beitragszahler.

(5) In den in den Absätzen 1 und 4 genannten Fällen berechnet der zuständige Träger die Höhe der Leistungen so, als seien alle Versicherungszeiten nach den für ihn geltenden Rechtsvorschriften zurückgelegt worden, und berechnet für die Zahlung der Leistung seinen Anteil nach dem Verhältnis der ausschließlich nach diesen Rechtsvorschriften zurückgelegten Versicherungszeiten zu der Gesamtheit der in beiden Vertragsstaaten anzurechnenden Versicherungszeiten. Übersteigt die Summe der in beiden Vertragsstaaten anzurechnenden Versicherungszeiten die nach den chilenischen Rechtsvorschriften für den Anspruch auf Vollpension erforderlichen Zeiten, so werden die darüberhinaus gehenden Zeiten bei dieser Berechnung nicht berücksichtigt.

(6) Im Falle von Leistungen bei Invalidität ist die ärztliche Feststellung der Arbeitsunfähigkeit nach den chilenischen Rechtsvorschriften durchzuführen, wofür die in Österreich durchgeführten ärztlichen Untersuchungen als Grundlage dienen können.

#### Artikel 14

##### Gesundheitsleistungen für Pensionisten

Personen, die eine Pension nach den österreichischen Rechtsvorschriften beziehen und in Chile wohnen, können unter denselben Bedingungen wie chilenische Staatsangehörige den chilenischen Gesundheitssystemen beitreten.

#### Abschnitt IV

##### Verschiedene Bestimmungen

#### Artikel 15

##### Aufgaben der zuständigen Behörden

Die zuständigen Behörden haben

- a) die zur Durchführung dieses Abkommens notwendigen Verwaltungsmaßnahmen in einer Vereinbarung zu regeln;
- b) zur Erleichterung der Durchführung dieses Abkommens, insbesondere zur Herstellung einer einfachen und raschen Verbindung zwischen den beiderseits in Betracht kommenden Trägern, Verbindungsstellen zu errichten, denen die in der Verwaltungsvereinbarung festgelegten Aufgaben zukommen;
- c) einander über alle die Anwendung dieses Abkommens berührenden Änderungen ihrer Rechtsvorschriften zu unterrichten.

#### Artikel 16

##### Gegenseitige Hilfe

(1) Für die Anwendung dieses Abkommens haben die Behörden und Träger der Vertragsstaaten einander zu unterstützen und wie bei der Anwendung ihrer eigenen Rechtsvorschriften zu handeln. Diese Amtshilfe ist kostenlos.

(2) Die Träger und Behörden der Vertragsstaaten können zwecks Anwendung dieses Abkommens miteinander sowie mit beteiligten Personen oder deren Beauftragten unmittelbar in Verbindung treten.

(3) Die Träger und Behörden eines Vertragsstaates dürfen die bei ihnen eingereichten Anträge und sonstigen Schriftstücke nicht deshalb zurückweisen, weil sie in der Amtssprache des anderen Vertragsstaates abgefaßt sind.

(4) Ärztliche Untersuchungen, die in Durchführung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vorgenommen werden und Personen betreffen, die sich im Gebiet des anderen Vertragsstaates aufhalten, sind auf Ersuchen des zuständigen Trägers vom Träger des Aufenthaltsortes zu Lasten des die Untersuchung durchführenden Trägers zu veranlassen. In Chile sind diese ärztlichen Untersuchungen von jenen Trägern durchzuführen, die in der Verwaltungsvereinbarung angeführt sind.

#### Artikel 17

##### Befreiung von Steuern und Beglaubigungen

(1) Jede in den Vorschriften eines Vertragsstaates vorgesehene Befreiung oder Ermäßigung von Steuern, Stempel-, Gerichts- oder Eintragungsgebühren für Schriftstücke oder Urkunden, die in Anwendung dieser Rechtsvorschriften vorzulegen sind, erstreckt sich auf die entsprechenden Schriftstücke und Urkunden, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates vorzulegen sind.

(2) Urkunden und Schriftstücke jeglicher Art, die in Anwendung dieses Abkommens vorgelegt werden müssen, bedürfen keiner Beglaubigung.

#### Artikel 18

##### Einreichung von Schriftstücken

(1) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung dieses Abkommens oder der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung eines Vertragsstaates eingereicht werden, sind als bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung des anderen Vertragsstaates eingereichte Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel anzusehen.

(2) Ein nach den Rechtsvorschriften des einen Vertragsstaates gestellter Antrag auf eine Leistung gilt auch als Antrag auf eine entsprechende Leistung nach den Rechtsvorschriften des anderen Vertragsstaates. Dies gilt nicht, wenn der Antragsteller ausdrücklich beantragt, daß die Feststellung einer nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates erworbenen Leistung bei Alter aufgeschoben wird.

(3) Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel, die in Anwendung der Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates innerhalb einer bestimmten Frist bei einer Behörde, einem Träger oder einer sonstigen zuständigen Einrichtung dieses Vertragsstaates einzureichen sind, können innerhalb der gleichen Frist bei der entsprechenden Stelle des anderen Vertragsstaates eingereicht werden.

(4) In den Fällen der Absätze 1 bis 3 hat die in Anspruch genommene Stelle diese Anträge, Erklärungen oder Rechtsmittel unverzüglich der entsprechenden zuständigen Stelle des anderen Vertragsstaates zu übermitteln.

#### Artikel 19

##### Zahlung von Leistungen

(1) Die nach diesem Abkommen leistungspflichtigen Träger können Leistungen an Berechtigte im anderen Vertragsstaat mit befreiender Wirkung in der für sie innerstaatlich maßgebenden Währung oder in der Währung der Vereinigten Staaten von Amerika erbringen.

(2) Überweisungen auf Grund dieses Abkommens sind nach Maßgabe der Vereinbarungen vorzunehmen, die diesbezüglich zwischen den Vertragsstaaten im Zeitpunkt der Überweisung gelten.

#### Artikel 20

##### Streitbeilegung

(1) Streitigkeiten zwischen den beiden Vertragsstaaten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen, soweit möglich, durch die zuständigen Behörden der beiden Vertragsstaaten beigelegt werden.

(2) Kann eine Streitigkeit auf diese Weise nicht innerhalb von sechs Monaten beigelegt werden, so wird sie auf Verlangen eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht unterbreitet.

(3) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall gebildet, indem jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und beide Mitglieder sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Vorsitzenden einigen, der von den Regierungen beider Vertragsstaaten bestellt wird. Die Mitglieder werden innerhalb von zwei Monaten, der Vorsitzende innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem der eine Vertragsstaat dem anderen mitgeteilt hat, daß er die Streitigkeit einem Schiedsgericht unterbreiten will.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Internationalen Gerichtshofes ersuchen, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Ist der Präsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaates oder

ist er aus einem anderen Grund verhindert, so soll der Vizepräsident die Ernennungen vornehmen. Ist auch der Vizepräsident Staatsangehöriger eines Vertragsstaates oder ist auch er verhindert, so soll das im Rang nächstfolgende Mitglied des Gerichtshofes, das nicht Staatsangehöriger eines Vertragsstaates ist, die Ernennungen vornehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit auf Grund der zwischen den beiden Vertragsstaaten bestehenden Verträge und des allgemeinen Völkerrechts. Seine Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitglieds sowie seiner Vertretung in dem Verfahren vor dem Schiedsgericht. Die Kosten des Vorsitzenden sowie die sonstigen Kosten werden von den Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Das Schiedsgericht kann eine andere Kostenregelung treffen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

#### **Abschnitt V**

#### **Übergangs- und Schlußbestimmungen**

#### **Artikel 21**

#### **Übergangsbestimmungen**

(1) Dieses Abkommen begründet keinen Anspruch auf Zahlung von Leistungen für die Zeit vor seinem Inkrafttreten.

(2) Für die Feststellung des Anspruches auf Leistungen nach diesem Abkommen sind auch Versicherungszeiten zu berücksichtigen, die nach den Rechtsvorschriften eines Vertragsstaates vor Inkrafttreten des Abkommens zurückgelegt worden sind.

(3) Unbeschadet des Absatzes 1 gilt dieses Abkommen auch für Versicherungsfälle, die vor seinem Inkrafttreten eingetreten sind.

(4) In den Fällen des Absatzes 3 sind Leistungen, die erst auf Grund dieses Abkommens gebühren, auf Antrag des Berechtigten festzustellen. Wird der Antrag innerhalb von zwei Jahren nach dem Inkrafttreten dieses Abkommens eingebracht, so sind die Leistungen vom Inkrafttreten dieses Abkommens an zu gewähren, sonst von dem Tag an, der nach den Rechtsvorschriften jedes der beiden Vertragsstaaten bestimmt wird.

(5) Unbeschadet des Artikels 5 Absatz 1 gelten für die Zahlung jenes Teiles der österreichischen Pension, der auf Versicherungszeiten vor dem 10. April 1945 beruht, die österreichischen Rechtsvorschriften.

(6) Die in Artikel 8 Absatz 2 festgesetzte Frist beginnt für Personen, deren Beschäftigung vor dem Inkrafttreten des Abkommens begonnen hat, mit dem Inkrafttreten des Abkommens.

#### **Artikel 22**

#### **Inkrafttreten und Außerkrafttreten**

(1) Dieses Abkommen tritt am ersten Tag des dritten Monats nach Ablauf des Monats in Kraft, in dem die beiden Regierungen einander schriftlich mitgeteilt haben, daß die für das Inkrafttreten des Abkommens erforderlichen gesetzlichen und verfassungsrechtlichen Voraussetzungen vorliegen.

(2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen. Jeder Vertragsstaat kann es unter Einhaltung einer Frist von drei Monaten schriftlich auf diplomatischem Weg kündigen.

(3) Im Falle der Kündigung gelten die Bestimmungen dieses Abkommens für erworbene Ansprüche weiter.

ZU URKUND DESSEN haben die Bevollmächtigten beider Vertragsstaaten dieses Abkommen unterzeichnet.

GESCHEHEN zu Wien, am 19. Juni 1997 in zwei Urschriften in deutscher und spanischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik Österreich:

**Eleonora Hostasch**

Für die Republik Chile:

**Jorge Arrate Mac Niven**

[ SPANISH TEXT — TEXTE ESPAGNOL ]

**CONVENIO  
SOBRE SEGURIDAD SOCIAL ENTRE LA REPÚBLICA DE AUSTRIA Y LA  
REPÚBLICA DE CHILE**

LA REPÚBLICA DE AUSTRIA y LA REPÚBLICA DE CHILE,  
ANIMADAS POR EL DESEO de regular sus relaciones en el área de la Seguridad Social,  
HAN CONVENIDO celebrar el siguiente convenio:

**Título I**

**Disposiciones generales**

**Artículo 1**

**Definiciones**

1. En el presente Convenio, los términos que se indican a continuación tendrán el siguiente significado:

- a) «Austria»: La República de Austria;  
«Chile»: La República de Chile.
- b) «Territorio»:  
Respecto de Austria, su territorio federal;  
Respecto de Chile, el ámbito de aplicación de la Constitución Política de la República de Chile.
- c) «Nacional»:  
En relación con Austria, sus ciudadanos;  
En relación con Chile, los que tienen la calidad de tales, conforme a lo dispuesto por la Constitución Política de la República de Chile.
- d) «Legislación»:  
Las leyes, los reglamentos y los estatutos que rigen los regímenes o sistemas de la Seguridad Social indicados en el artículo 2, párrafo 1.
- e) «Autoridad Competente»:  
Respecto de Austria, el Ministro Federal Competente para la aplicación de la legislación a que se refiere el artículo 2, párrafo 1, número 1;  
y respecto de Chile, el Ministro del Trabajo y Previsión Social.
- f) «Organismo»:  
La institución o la autoridad encargada de aplicar la legislación indicada en el artículo 2, párrafo 1, en su totalidad o parcialmente.
- g) «Organismo competente»:  
El Organismo responsable, según la legislación que corresponda aplicar en cada caso.
- h) «Períodos de seguro»:  
Los períodos de cotización que hayan sido efectivamente enterados o reconocidos como tales en la legislación según la cual fueron cumplidos, así como períodos análogos, siempre que en dicha legislación se consideren como equivalentes.
- i) «Prestación»:  
Una pensión o prestación pecuniaria incluidos todos los suplementos y aumentos, que sean aplicables en virtud de la legislación de cada Estado Contratante.

2. Los demás términos o expresiones utilizados en el presente Convenio tienen el significado que les atribuye la legislación que se aplica.

**Artículo 2**

**Ámbito de Aplicación Material**

1. El presente Convenio se aplicará:

- 1) En Austria a la legislación que establece:
  - a) El Seguro de Pensiones, a excepción del seguro notarial;
  - b) El Seguro de Enfermedad y el Seguro de Accidentes respecto del Título II;

- 2) En Chile a la legislación que establece:
  - a) El Nuevo Sistema de Pensiones de vejez, invalidez y sobrevivencia, basado en la capitalización individual;
  - b) Los regímenes de pensiones de vejez, invalidez y sobrevivencia administrados por el Instituto de Normalización Previsional;
  - c) Los Regímenes de Prestaciones de Salud, para efectos de lo dispuesto en el artículo 14.
2. El presente Convenio se aplicará también a la legislación que refunda, modifique o complemente la legislación indicada en el párrafo 1.

### **Artículo 3**

#### **Ambito de Aplicación Personal**

Este Convenio se aplicará:

- a) a las personas que estén o hayan estado sujetas a la legislación de uno o ambos Estados Contratantes;
- b) a las personas que deriven sus derechos de aquellas señaladas en la letra a.

### **Artículo 4**

#### **Igualdad de Trato**

1. Siempre que el presente Convenio no disponga lo contrario, al aplicarse la legislación de uno de los Estados Contratantes, se equiparán a los nacionales del mismo:
  - a) Los nacionales del otro Estado Contratante;
  - b) Los refugiados en virtud de la Convención sobre el Estatuto de los Refugiados de 28 de julio de 1951, y del Protocolo de 31 de enero de 1967 relativo al Tratado mencionado, que tengan su residencia habitual en uno de los Estados Contratantes.
2. No obstante lo dispuesto en el párrafo 1, permanecerá inafectada la legislación austríaca sobre:
  - a) Reconocimiento de cargas de seguro contenidas en Convenios celebrados con otros Estados;
  - b) La participación de los asegurados y de los empleadores en la administración de los Organismos y en las asociaciones, al igual que en la jurisprudencia de la Seguridad Social;
  - c) El seguro de toda persona empleada por una representación austríaca oficial en un tercer Estado o por integrantes de tal representación.
3. Respecto de la legislación austríaca sobre el reconocimiento de períodos de servicio militar de guerra y períodos equivalentes, el párrafo 1 sólo se aplicará a los nacionales chilenos que poseían la nacionalidad austríaca inmediatamente antes del 13 de marzo de 1938.

### **Artículo 5**

#### **Exportación de prestaciones**

1. Las prestaciones adquiridas en virtud de la legislación de uno de los Estados Contratantes por las personas mencionadas en el artículo 4 o aquellos que deriven sus derechos de éstas, no podrán ser objeto de reducción, modificación o suspensión por el hecho de que permanezcan o residan en el territorio del otro Estado Contratante, a menos que el presente Convenio disponga lo contrario.
2. Lo dispuesto en el párrafo 1 no será aplicable al complemento de pensión según la legislación austríaca.

## **Título II**

### **Normas sobre la legislación aplicable**

#### **Artículo 6**

##### **Regla general**

En tanto los artículos 7 y 8 no dispongan lo contrario, el trabajador estará sometido a la legislación del Estado Contratante en cuyo territorio ejerza la actividad laboral. Lo anterior también regirá cuando la sede del empleador se encuentre en el territorio del otro Estado Contratante.

#### **Artículo 7**

##### **Reglas especiales**

1. El trabajador enviado por su empleador al territorio del otro Estado Contratante para desempeñar funciones en este último, se regirá por la legislación vigente en el primer Estado Contratante durante los

primeros sesenta meses calendario de su desempeño en el territorio del otro Estado, tal como si estuviera trabajando en el territorio del primero.

2. Al trabajador de una empresa de transporte aéreo con sede en el territorio de un Estado Contratante, enviado al territorio del otro Estado Contratante, se le seguirá aplicando la legislación del primer Estado Contratante como si estuviera trabajando en su territorio.

3. La tripulación de un buque así como las otras personas que trabajen habitualmente a bordo, estarán sujetas a la legislación del Estado Contratante cuyo pabellón enarbole el buque.

#### **Artículo 8**

##### **Trabajadores al Servicio del Gobierno**

1. El presente Convenio no afecta las disposiciones de la Convención de Viena sobre Relaciones Diplomáticas de 18 de abril de 1961 ni la Convención de Viena sobre Relaciones Consulares de 24 de abril de 1963.

2. No obstante lo dispuesto en el artículo 6, los nacionales de un Estado Contratante contratados por el gobierno de este Estado Contratante en el territorio del otro Estado Contratante, podrán optar, dentro de un período de tres meses a contar de su contratación porque les sea aplicable la legislación del primer Estado Contratante.

#### **Artículo 9**

##### **Excepciones**

1. A solicitud conjunta del trabajador y del empleador, o a solicitud de un trabajador independiente, las Autoridades Competentes de ambos Estados Contratantes podrán, de común acuerdo, establecer excepciones a lo dispuesto en los artículos 6 a 8, considerando la naturaleza y las circunstancias de la actividad laboral.

2. Si una persona queda sujeta a la legislación Austriaca conforme al párrafo 1, esta legislación se aplicará tal como si se estuviera desempeñando en territorio Austriaco.

#### **Título III**

##### **Disposiciones sobre prestaciones por vejez, invalidez y sobrevivencia**

##### **Capítulo 1**

##### **Disposicion Comun**

##### **Artículo 10**

##### **Totalización de Períodos de Seguro**

Cuando la legislación de un Estado Contratante subordine la adquisición, conservación o recuperación del derecho a prestación al cumplimiento de determinados períodos de seguro, el Organismo Competente de este Estado Contratante deberá considerar, en caso necesario, los períodos de seguro cumplidos de acuerdo con la legislación del otro Estado Contratante como si se tratara de períodos cumplidos de acuerdo con su propia legislación.

##### **Capítulo 2**

##### **Prestaciones conforme a la legislación Austriaca**

##### **Artículo 11**

##### **Determinación del Derecho a Prestaciones**

Cuando una persona que registre períodos de seguro de acuerdo con la legislación de ambos Estados Contratantes o quienes deriven sus derechos de ésta, soliciten prestaciones, el Organismo Competente austriaco deberá determinar, conforme a la legislación austriaca, si el titular tiene derecho a prestación totalizando los períodos de seguro conforme al artículo 10 y de acuerdo con las siguientes reglas:

- a) Cuando la legislación austriaca subordine la concesión de determinadas prestaciones al cumplimiento de períodos de seguro en una profesión sujeta a un régimen especial, o a una profesión o actividad determinada, sólo deberán considerarse para la concesión de estas prestaciones los períodos cumplidos de acuerdo con la legislación chilena, si son períodos cumplidos en un régimen similar o, en caso de que este régimen no exista, en la misma profesión o actividad.

- b) Cuando conforme a la legislación austríaca los períodos durante los cuales se ha percibido alguna pensión permitan prolongar el lapso de tiempo en que deban cumplirse períodos de seguro para obtener una pensión, dicho lapso también se prolongará considerando los períodos por los cuales se han percibido pensiones conforme a la legislación chilena.

#### **Artículo 12**

##### **Cálculo de las Prestaciones**

1. Cuando exista un derecho de prestación conforme a la legislación austríaca sin aplicar el artículo 10, el Organismo Competente austríaco determinará la prestación, basándose exclusivamente en los períodos de seguro que deban considerarse conforme a la legislación austríaca.
2. Cuando exista un derecho de prestación conforme a la legislación austríaca sólo al aplicar el artículo 10, el Organismo Competente austríaco determinará la prestación, basándose exclusivamente en los períodos legales austríacos y considerando las siguientes disposiciones:
  - 1) Las prestaciones o parte de éstas cuyo monto no dependa del tiempo de los períodos de seguro cumplidos, se otorgarán en la proporción entre los períodos de seguro que deban considerarse conforme a la legislación austríaca para los efectos del cálculo de la prestación y 30 años, máximo hasta el monto completo.
  - 2) Cuando al calcular las prestaciones por invalidez o por sobrevivencia deban considerarse períodos posteriores al momento de presentarse la contingencia asegurada, estos períodos sólo se considerarán en la proporción entre los períodos de seguro que deban considerarse conforme a la legislación austríaca para el cálculo de la prestación y dos tercios de los meses calendario totales desde los 16 años de edad del titular hasta el momento de presentarse la contingencia asegurada, máximo hasta completar el total de períodos exigidos.
  - 3) El número 1) de este párrafo no se aplicará:
    - a) para las prestaciones por un seguro mayor;
    - b) para las prestaciones o parte de éstas dependientes del ingreso que sirvan para asegurar un ingreso mínimo.
3. Cuando los períodos de seguro que deban considerarse de acuerdo con la legislación austríaca no sumen en total doce meses para los efectos del cálculo de la prestación, y si sólo de acuerdo a esos períodos no existe derecho a prestación, no se concederá prestación de acuerdo con esa legislación.

#### **Capítulo 3**

##### **Prestaciones conforme a la legislación Chilena**

#### **Artículo 13**

##### **Disposiciones Legales Chilenas**

1. Los afiliados a una Administradora de Fondos de Pensiones financiarán sus pensiones en Chile con el saldo acumulado en su cuenta de capitalización individual. Cuando éste fuere insuficiente para financiar sus pensiones, de un monto al menos igual al de la pensión mínima garantizada por el Estado, los afiliados tendrán derecho a la totalización de períodos computables de acuerdo con lo dispuesto en el artículo 10, para acceder al beneficio de pensión mínima de vejez o invalidez. Igual derecho tendrán los beneficiarios de pensión de sobrevivencia.
2. Para efectos de determinar el cumplimiento de los requisitos que exige la legislación chilena para pensionarse anticipadamente en el Nuevo Sistema de Pensiones, se considerarán como pensionados de los regímenes previsionales administrados por el Instituto de Normalización Previsional, los afiliados que hayan obtenido pensión conforme a la legislación austríaca.
3. Los trabajadores que se encuentren afiliados al Nuevo Sistema de Pensiones en Chile, podrán enterar voluntariamente en dicho Sistema cotizaciones previsionales en calidad de trabajadores independientes durante el tiempo que residan en Austria sin perjuicio de cumplir, además, con la legislación Austríaca relativa a la obligación de cotizar. Los trabajadores que opten por hacer uso de este beneficio quedarán exentos de la obligación de enterar la cotización destinada al financiamiento de las prestaciones de salud.
4. Los imponentes de los regímenes de pensión administrados por el Instituto de Normalización Previsional, también tendrán derecho al cómputo de los períodos en los términos del artículo 10 para acceder a los beneficios de pensión establecidos en la legislación que les sea aplicable. Para estos efectos,

se considerarán como actuales imponentes aquellas personas que de acuerdo al régimen previsional austriaco tienen derecho a una jubilación.

5. En las situaciones contempladas en los párrafos 1 y 4 anteriores, el Organismo Competente determinará el valor de la prestación como si todos los períodos de seguro hubieran sido cumplidos conforme a su propia legislación y, para efectos del pago del beneficio, calculará la parte de su cargo como la proporción existente entre los períodos de seguro cumplidos exclusivamente bajo esa legislación y el total de períodos de seguro computables en ambos Estados Contratantes. Cuando la suma de períodos de seguro computables en ambos Estados exceda el período establecido por la legislación chilena para tener derecho a una pensión completa, los períodos en exceso se desecharán para efectos de este cálculo.

6. La evaluación médica de la incapacidad, tratándose de prestaciones por invalidez, se efectuará de acuerdo con la legislación chilena, para cuyo efecto podrán servir de base los exámenes médicos realizados en Austria.

#### **Artículo 14**

##### **Prestaciones de Salud para Pensionados**

Las personas que perciban pensión conforme a la legislación Austriaca y residan en Chile, tendrán derecho a incorporarse a los regímenes de Salud Chilenos, en las mismas condiciones que sus nacionales.

#### **Título IV**

##### **Disposiciones diversas**

#### **Artículo 15**

##### **Atribuciones de las Autoridades Competentes**

Las Autoridades Competentes deberán:

- a) Adoptar las medidas administrativas necesarias para la aplicación del presente Convenio a través de un Acuerdo, que podrá celebrarse antes de entrar en vigencia el presente Convenio;
- b) Designar Organismos de Enlace para facilitar la aplicación del presente Convenio y, en particular, para permitir una directa y expedita comunicación entre los respectivos Organismos de ambos Estados Contratantes, teniendo aquellos las facultades que se les señalen en el Acuerdo Administrativo;
- c) Informarse mutuamente sobre las modificaciones de su legislación que afecten a la aplicación del presente Convenio.

#### **Artículo 16**

##### **Ayuda Mutua**

1. Las Autoridades y los Organismos de los Estados Contratantes se prestarán ayuda mutua para la aplicación del presente Convenio y actuarán como si se tratara de aplicar su propia legislación. Esta asistencia administrativa será gratuita.

2. A efectos de la aplicación del presente Convenio, los Organismos y Autoridades de los Estados Contratantes podrán entablar contactos directos entre sí, así como con las personas titulares o sus apoderados.

3. Los Organismos y Autoridades de un Estado Contratante no podrán desestimar las solicitudes y demás escritos que les sean presentados por el hecho de estar redactados en el idioma oficial del otro Estado Contratante.

4. Los reconocimientos médicos que se efectúen en aplicación de la legislación de un Estado Contratante que afecten a personas que se encuentren en el territorio del otro Estado Contratante, deberán ser realizados por el organismo de su estancia a solicitud del Organismo Competente y a cargo del Organismo que efectúa dichos reconocimientos. Respecto de Chile, estos reconocimientos médicos serán practicados por los Organismos que se señalen en el Acuerdo Administrativo.

#### **Artículo 17**

##### **Exención de Impuestos y de Legalización**

1. Toda exención o rebaja prevista en la legislación de un Estado Contratante respecto a impuestos, derechos de timbre, aranceles judiciales por escritos o instrumentos que deban presentarse en aplicación de su legislación, también abarcará los correspondientes escritos e instrumentos que deban presentarse en aplicación del presente Convenio o de la legislación del otro Estado Contratante.

2. Los instrumentos o escritos que deban presentarse en aplicación del presente Convenio no requerirán legalización.

#### **Artículo 18**

##### **Presentación de Documentos**

1. Las solicitudes, declaraciones o recursos, presentados en aplicación del presente Convenio o de la legislación de un Estado Contratante ante una autoridad, Organismo u otra institución competente de ese Estado Contratante, serán tenidos en cuenta como si se tratara de solicitudes, declaraciones o recursos presentados ante una autoridad, Organismo u otra institución competente del otro Estado contratante.

2. Si se presenta una solicitud de prestación conforme a la legislación de un Estado contratante, dicha solicitud se entenderá como solicitud de una prestación correspondiente en virtud de la legislación del otro Estado contratante. No obstante, el requirente podrá solicitar expresamente que la determinación de una prestación por vejez que pueda ser adquirida conforme a la legislación de un Estado contratante sea aplazada.

3. Las solicitudes, declaraciones o recursos legales que en aplicación de la legislación de un Estado Contratante deban presentarse dentro de un plazo determinado ante una Autoridad, un organismo u otra institución competente de dicho Estado, podrán presentarse dentro del mismo plazo ante la institución pertinente del otro Estado Contratante.

4. En los casos previstos en los párrafos 1 a 3, la entidad receptora deberá remitir sin demora estas solicitudes, declaraciones o recursos legales a la correspondiente entidad competente del otro Estado Contratante.

#### **Artículo 19**

##### **Pago de las Prestaciones**

1. Los Organismos que deban pagar prestaciones conforme al presente Convenio, podrán pagarlas a los titulares en el otro Estado Contratante en su moneda o en la moneda de los Estados Unidos de América, con efecto liberatorio.

2. Las transferencias que deban realizarse en virtud del presente Convenio, se efectuarán al tenor de los acuerdos existentes al respecto entre los Estados Contratantes en el momento de efectuarse la transferencia.

#### **Artículo 20**

##### **Solución de Controversias**

1. Las divergencias que surgieren entre ambos Estados Contratantes sobre la interpretación o aplicación del presente Convenio deberán en lo posible, ser dirimidas directamente por las Autoridades Competentes de ambos Estados.

2. Si una divergencia no pudiera ser resuelta de este modo dentro de un plazo de seis meses, será sometida a un tribunal arbitral a petición de uno de los Estados Contratantes.

3. El tribunal arbitral será constituido ad hoc; cada Estado Contratante designará a un miembro y los dos miembros se pondrán de acuerdo para elegir como presidente a un nacional de un tercer Estado, que será nombrado por los Gobiernos de ambos Estados Contratantes. Los miembros serán designados dentro de un plazo de dos meses y el presidente dentro de un plazo de tres meses, contado desde que un Estado Contratante haya comunicado al otro que desea someter la divergencia a un tribunal arbitral.

4. Si los plazos previstos en el párrafo 3 no fueren observados, a falta de otro arreglo, cada Estado Contratante podrá invitar al Presidente de la Corte Internacional de Justicia a proceder a los nombramientos necesarios. En caso que el Presidente sea nacional de uno de los Estados Contratantes o se halle impedido por otra causa, corresponderá al Vicepresidente efectuar los nombramientos. Si el Vicepresidente también fuere nacional de uno de los Estados Contratantes o se hallare impedido, corresponderá efectuar los nombramientos al miembro de la Corte que siga inmediatamente en el orden jerárquico y no sea nacional de uno de los Estados Contratantes.

5. El tribunal arbitral tomará sus decisiones por mayoría de votos y sobre la base de los Convenios existentes entre los Estados Contratantes y del Derecho Internacional Común. Sus decisiones serán obligatorias. Cada Estado Contratante pagará los gastos por la actividad de su árbitro, así como los gastos de su representación en el procedimiento arbitral; los gastos del presidente, así como los demás gastos, serán pagados por partes iguales por los Estados Contratantes. El tribunal arbitral podrá adoptar un

reglamento diferente en lo que concierne a los gastos. En lo demás, el tribunal arbitral determinará su procedimiento.

#### **Título V**

#### **Disposiciones transitorias y finales**

#### **Artículo 21**

#### **Disposiciones Transitorias**

1. El presente Convenio no dará derecho al pago de prestaciones por el período previo a su entrada en vigencia.

2. Para determinar el derecho a prestaciones en virtud del presente Convenio se tendrán en cuenta también los períodos de seguro cumplidos conforme a la legislación de un Estado Contratante antes de su entrada en vigencia.

3. Sin perjuicio de lo dispuesto en el párrafo 1, este convenio se aplicará también a los hechos producidos antes de su entrada en vigencia.

4. En el caso mencionado en el párrafo 3 las prestaciones que correspondan sobre la base de lo dispuesto en este Convenio, deberán determinarse a petición del titular. Si la solicitud de prestación se presenta dentro de los dos años siguientes a la fecha de entrada en vigencia del presente Convenio, las prestaciones deberán concederse a contar de esa fecha; de lo contrario, tales prestaciones se concederán a contar de la fecha establecida en la legislación de cada Estado Contratante.

5. Sin perjuicio de lo dispuesto en el artículo 5, párrafo 1, se aplicará la legislación Austriaca para el pago de aquella parte de la pensión Austriaca basada en los períodos de seguro previos al 10 de abril de 1945.

6. El plazo fijado en el artículo 8, párrafo 2, se contará para aquellas personas cuya contratación se haya efectuado antes de entrar en vigencia el presente Convenio, a partir de la fecha de entrada en vigor del mismo.

#### **Artículo 22**

#### **Entrada en vigencia y término**

1. El presente Convenio entrará en vigor el primer día del tercer mes siguiente a aquel en que ambos Estados se hayan notificado por escrito que se han cumplido los requisitos legales y constitucionales necesarios para su entrada en vigencia.

2. El presente Convenio se celebra por un tiempo indefinido. Cada Estado Contratante podrá denunciarlo por escrito por vía diplomática, en cuyo caso el Convenio expirará al término de tres meses.

3. En caso de denuncia continuarán aplicándose las disposiciones del presente Convenio para los derechos adquiridos.

EN FE DE LO CUAL, los suscritos debidamente autorizados por ambos Estados Contratantes firman este Convenio.

HECHO en Viena, a diecinueve días del mes de junio de mil novecientos noventa y siete, en dos originales, en idiomas alemán y en español, siendo ambos textos igualmente auténticos.

Por la Republica de Austria:

**Eleonora Hostasch**

Por la Republica de Chile:

**Jorge Arrate Mac Niven**

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

AGREEMENT BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE  
REPUBLIC OF CHILE ON SOCIAL SECURITY

The Republic of Austria and the Republic of Chile,  
Desiring to regulate their relations in the area of social security,  
Have agreed as follows:

TITLE I. GENERAL PROVISIONS

*Article 1. Definitions*

1. For the purposes of this Agreement:

- (a) "Austria" means the Republic of Austria, and "Chile" means the Republic of Chile;
- (b) "Territory" means, in relation to Austria, its federal territory, and, in relation to Chile, the area to which the Constitution of the Republic of Chile applies;
- (c) "National" means, in relation to Austria, its citizens, and, in relation to Chile, any person having that status under the Constitution of the Republic of Chile;
- (d) "Legislation" means the laws, regulations and statutes governing the social insurance branches or systems referred to in article 2, paragraph 1;
- (e) "Competent authority" means, in relation to Austria, the Federal Minister responsible for the implementation of the legislation referred to in article 2, paragraph 1 (1), and, in relation to Chile, the Minister of Labour and Social Security;
- (f) "Institution" means the body or authority responsible for implementing all or part of the legislation referred in article 2, paragraph 1;
- (g) "Competent institution" means the institution that is responsible under the legislation applicable in each case;
- (h) "Insurance periods" means the periods of contribution that are considered or recognized as insurance periods in the legislation under which they were completed, as well as any other periods considered as equivalent to insurance periods in that legislation; and
- (i) "Cash benefit" means a pension or cash benefit provided for under the legislation of each Contracting State including any supplements thereto or increases therein.

2. The other terms or expressions used in this Agreement shall have the meaning assigned to them in the applicable legislation.

*Article 2. Substantive scope*

1. This Agreement shall apply:

(1) In Austria, to the legislation on:

- (a) Pension insurance, other than special pension insurance for notaries public;
- (b) Sickness insurance and accident insurance under title II;

(2) In Chile, to the legislation on:

- (a) The new system of old-age, disability and survivors' pensions based on individual capitalization;
- (b) The old-age, disability and survivors' pension schemes administered by the Institute of Social Security Standardization; and
- (c) For the implementation of the provisions of article 14, the health insurance schemes.

2. This Agreement shall also apply to legislation consolidating, amending or supplementing the legislation referred to in paragraph 1.

*Article 3. Personal scope*

This Agreement shall apply to:

- (a) Persons who are or have been subject to the legislation of one or both of the Contracting States; and
- (b) Persons who derive their rights from the persons referred to in subparagraph (a).

*Article 4. Equal treatment*

1. Unless this Agreement provides otherwise, in the implementation of a Contracting State's legislation the following persons shall be treated on an equal footing with the nationals of that State:

- (a) The nationals of the other Contracting State;
- (b) Refugees within the meaning of the Convention relating to the Status of Refugees of 28 July 1951 and the Protocol thereto of 31 January 1967 who are ordinarily resident in one of the Contracting States.

2. The provisions of paragraph 1 shall not affect Austrian legislation on:

- (a) Insurance burden provisions in agreements with other States;
- (b) The participation of insured persons and employers in the governing bodies of the insurance institutions and associations thereof and in the administration of justice in social security matters;
- (c) The insurance of persons employed by an official Austrian mission in a third State or employed by the members of such a mission.

3. With respect to Austrian legislation on the recognition of periods of active military service and periods treated as equivalent, paragraph 1 shall apply only to Chilean nationals who possessed Austrian nationality immediately prior to 13 March 1938.

*Article 5. Export of benefits*

1. Cash benefits payable to persons referred to in article 4 or their survivors under the legislation of a Contracting State shall not be reduced, modified or suspended on the grounds that such persons are staying or residing in the territory of the other Contracting State, unless this Agreement provides otherwise.

2. The provisions of paragraph 1 shall not apply to pension supplements under Austrian legislation.

TITLE II. PROVISIONS ON THE APPLICABLE LEGISLATION

*Article 6. General rule*

Unless articles 7 and 8 provide otherwise, workers shall be subject to the legislation of the Contracting State in whose territory they work. This provision shall apply even if the employer's headquarters are in the territory of the other Contracting State.

*Article 7. Specific rules*

1. A person sent by an employer to work in the territory of the other Contracting State shall be subject to the legislation of the first Contracting State during the first 60 calendar months of the assignment, as if the person were working in the territory of the first Contracting State.

2. If a person employed by an airline with headquarters in the territory of a Contracting State is sent from the latter's territory to the territory of the other Contracting State, the legislation of the first Contracting State shall contribute to apply as if the person were working in the territory of the first Contracting State.

3. The crew of a ship and persons working on board other than temporarily shall be subject to the legislation of the Contracting State under whose flag the vessel is flying.

*Article 8. Government employees*

1. This Agreement does not affect the provisions of the Vienna Convention on Diplomatic Relations of 18 April 1861 or the Vienna Convention on Consular Relations of 24 April 1963.

2. Notwithstanding the provisions of article 6, nationals of a Contracting State employed by the Government of that State in the territory of the other Contracting State may opt, within three months from the commencement of their employment, to be subject to the legislation of the first Contracting State.

*Article 9. Exceptions*

1. At the joint request of an employed person and the employer, or at the request of a self-employed person, the competent authorities of the two Contracting States may by common agreement authorize exceptions to the provisions of articles 6 to 8, taking into account the nature and circumstances of the work.

2. Where, under paragraph 1 a person is subject to Austrian legislation, that legislation shall apply as if that person were employed in Austrian territory.

TITLE III. PROVISIONS ON OLD-AGE, DISABILITY AND SURVIVORS' BENEFITS

CHAPTER 1. COMMON PROVISIONS

*Article 10. Aggregation of insurance periods*

Where the legislation of a Contracting State makes the acquisition, retention or recovery of entitlement to benefits dependent on the completion of certain insurance periods, the competent institution of that Contracting State shall consider, if necessary, the insurance periods completed under the legislation of the other Contracting State as insurance periods completed under its own legislation.

CHAPTER 2. BENEFITS UNDER AUSTRIAN LEGISLATION

*Article 11. Determination of entitlement to benefits*

If a person who has completed insurance periods under the legislation of both Contracting States or that person's survivors file a claim for benefits, the competent Austrian institution shall determine whether the claimant is entitled to a benefit under Austrian legislation by aggregating the insurance periods in accordance with article 10 and applying the following rules:

- (a) If Austrian legislation makes the granting of specific benefits dependent on the completion of insurance periods in an occupation to which a special scheme applies or in a specific occupation or activity, insurance periods completed under Chilean legislation shall only be considered in granting such benefits if they have been completed under a similar scheme or, if there is no such scheme, in the same occupation or activity.
- (b) If under Austrian legislation periods during which a pension is received extend the interval within which insurance periods must be completed, that interval shall also be extended by the analogous periods during which a pension is received under Chilean legislation.

*Article 12. Calculation of benefits*

1. If under Austrian legislation entitlement to a benefit exists without the application of article 10, the competent Austrian institution shall calculate the benefit solely on the basis of the insurance periods that must be considered under that legislation.

2. If under Austrian legislation entitlement to a benefit exists only by application of article 10, the competent Austrian institution shall calculate the benefit solely on the basis of the insurance periods to be considered under Austrian law, taking into account the following provisions:

- (1) Benefits or parts of a benefit the amount of which is independent of the duration of the insurance periods completed shall be payable in proportion to the ratio of the insurance periods that must be considered under Austria legislation in calculating the cash benefit to 30 years, subject to an upper limit equal to the full amount.
- (2) If in calculating disability or survivors' benefits periods subsequent to the occurrence of the insured event must be considered, they shall be counted only in proportion to the ratio of the insurance periods to be considered under Austrian legislation in calculating the cash benefit to two thirds of the number of full calendar months elapsed from the claimant's sixteenth birthday to the occurrence of the insured, subject to an upper limit equal to the required total of completed periods.
- (3) Subparagraph (1) above shall no apply:
  - (a) To benefits under additional insurance;
  - (b) To any means-tested benefit or part of a benefit provided in order to ensure a minimum income.

3. If the sum of the insurance periods that must be considered under Austrian legislation in calculating a benefit is less than 12 months and if those periods alone do not give rise to an entitlement to a benefit, no benefit shall be provided under Austrian legislation.

CHAPTER 3. BENEFITS UNDER CHILEAN LEGISLATION

*Article 13. Chilean legislation*

1. Members enrolled with a Chilean Pension Fund Administrator (Administradora de Fondos de Pensiones) shall finance their pensions in Chile from the balance in their individual capitalization account. Should that balance be insufficient to finance a pension at least equal to the minimum pension guaranteed by the State, members may aggregate the periods qualifying for the calculation under article 10 in order to be eligible for the minimum old-age or disability pension. The same applies to beneficiaries of a survivor's pension.

2. In order to determine whether the requirements of Chilean legislation for entitlement to an early retirement pension under the new pension system have been met, members

who have been granted a pension under Austrian legislation shall be treated as pensioners under the pension schemes administered by the Institute of Social Security Standardization.

3. Workers enrolled under the new pension system in Chile may make voluntary contributions to the system as self-employed persons during the period in which they reside in Austria, without prejudice to their obligation also to comply with Austrian legislation on compulsory contribution. Workers who take advantage of this option shall be exempt from the obligation to contribute to the funding of health benefits.

4. Contributors to pension schemes administered by the Institute of Social Security Standardization shall also be entitled to aggregate insurance periods in accordance with article 10 in order to be eligible for a pension under the legislation applicable to them. For that purpose, persons entitled to a pension under Austrian legislation shall be treated as current contributors.

5. In the situations envisaged in paragraphs 1 and 4, the competent institution shall calculate the amount of the benefit as if all the insurance periods had been completed under the legislation applicable for that institution and for the purposes of paying the benefit shall calculate its share in proportion to the ratio of the insurance periods completed exclusively under that legislation to the total qualifying insurance periods in both Contracting States. If the total qualifying insurance periods in both States amount to more than the period required under Chilean legislation for entitlement to a full pension, the excess years shall not be taken into account in this calculation.

6. For the purposes of disability benefits, incapacity for work shall be medically evaluated under Chilean legislation. Medical examinations carried out in Austria may serve as a basis for that purpose.

#### *Article 14. Sickness benefits for pensioners*

Persons who draw a pension under Austrian legislation and reside in Chile shall be entitled to enrol in Chilean health insurance schemes on the same conditions as Chilean nationals.

#### TITLE IV. MISCELLANEOUS PROVISIONS

#### *Article 15. Responsibilities of the competent authorities*

The competent authorities shall:

- (a) Determine, by means of an administrative arrangement, the measures necessary for the implementation of this Agreement;
- (b) Designate liaison bodies in order to facilitate the implementation of this Agreement and, in particular, to permit simple and quick communication between the institutions concerned in the two Contracting States; the liaison bodies shall have the responsibilities assigned to them in the administrative arrangement;
- (c) Inform each other of changes to their legislation that affect the implementation of this Agreement.

*Article 16. Mutual assistance*

1. In implementing this Agreement, the authorities and institutions of the Contracting States shall assist one another as they would in implementing their own national legislation. Such administrative assistance shall be free of charge.

2. For purposes of the application of this Agreement, the institutions and authorities of the Contracting States may communicate directly with each other, the beneficiaries, and their representatives.

3. The institutions and authorities of a Contracting State may not dismiss applications and other documents submitted to them on the grounds that they are written in the official language of the other Contracting State.

4. Medical examinations carried out under the legislation of a Contracting State on persons staying in the territory of the other Contracting State shall be performed by the institution of the place of stay at the request of the competent institution and at the expense of the institution carrying out the examination. In Chile such examinations shall be carried out by the institutions specified in the administrative arrangement.

*Article 17. Exemption from taxes and authentications*

1. Any exemption or reduction of taxes, stamp duties or court or registration fees provided for in the legislation of a Contracting State for documents or certificates to be submitted under that State's legislation shall also be extended to analogous documents and certificates to be submitted under this Agreement or under the legislation of the other Contracting State.

2. No authentication shall be required for certificates and documents of any kind to be submitted under this Agreement.

*Article 18. Submission of documents*

1. Applications, declarations or appeals submitted under this Agreement or under the legislation of a Contracting State to an authority, institution or other competent agency of a Contracting State shall be considered as having been submitted to an authority, institution or other competent agency of the other Contracting State.

2. An application for a benefit submitted under the legislation of a Contracting State shall also be valid as an application for the corresponding benefit under the legislation of the other Contracting State. This provision shall not apply if the applicant expressly requests the postponement of the award of an old-age benefit to which he or she would be entitled under the legislation of a Contracting State.

3. Applications, declarations or appeals that, under the legislation of a Contracting State, must be submitted to an authority, institution or other competent agency of that State within a specific time limit may be submitted within the same time limit to the corresponding agency of the other Contracting State.

4. In the cases referred to in paragraphs 1 to 3, the agency receiving the applications, declarations or appeals in question shall transmit them without delay to the corresponding competent agency of the other Contracting State.

*Article 19. Payment of benefits*

1. Institutions required to pay benefits under this Agreement may validly discharge their obligation to beneficiaries in the other Contracting State either in their domestic currency or in the currency of the United States of America.

2. Transfers under this Agreement shall be effected in accordance with the relevant agreements in force between the Contracting States at the time of transfer.

*Article 20. Settlement of disputes*

1. Disputes between the two Contracting States over the interpretation and implementation of this Agreement shall be settled whenever possible by the competent authorities of the two Contracting States.

2. If a dispute cannot be settled in this way within six months, it shall be submitted at the request of either Contracting State to an arbitral tribunal.

3. The arbitral tribunal shall be constituted on an ad hoc basis as follows: each Contracting State shall appoint one member, and the two members thus appointed shall agree upon a national of a third State to act as chairman, who shall be appointed by the Governments of the two Contracting States. The members must be appointed within two months, and the chairman within three months, from the date on which either Contracting State notifies the other Contracting State of its intention to submit the dispute to arbitration.

4. If the time limits specified in paragraph 3 have not been observed, either Contracting State may, in the absence of any other agreement, request the President of the International Court of Justice to make the necessary appointments. If the President is a national of either Contracting State or is otherwise prevented from acting, the Vice-President shall make the necessary appointments. If the Vice-President is a national of either Contracting State or is also prevented from acting, the member of the Court next in seniority who is not a national of either Contracting Party shall make the appointments.

5. The Tribunal shall reach its decisions by a majority of votes on the basis of the agreements in force between the Contracting States and general international law. Its decisions shall be binding. Each Contracting Party shall bear the costs in connection with its own member and its representation in the arbitral proceedings. The costs in connection with the President and the remaining costs shall be shared equally by the Contracting States. The arbitral tribunal may make a different ruling concerning costs. In all other respects, the arbitral tribunal shall determine its own procedure.

TITLE V. TRANSITIONAL AND FINAL PROVISIONS

*Article 21. Transitional provisions*

1. This Agreement shall not create an entitlement to payment of benefits for the period prior to its entry into force.

2. Insurance periods completed under the legislation of a Contracting State prior to the entry into force of this Agreement shall be taken into account in determining an entitlement to benefits under this Agreement.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 1, this Agreement shall also apply to insured events that occurred prior to its entry into force.

4. In the cases referred to in paragraph 3, the benefits payable only by application of this Agreement shall be calculated at the request of the beneficiary. If the application for the benefit is submitted within two years from the date of entry into force of this Agreement, the benefits shall be payable as from the date of entry into force. Otherwise, such benefits shall be payable as from the date stipulated in the legislation of each Contracting State.

5. Notwithstanding the provisions of article 5, paragraph 1, the payment of any portion of Austrian pensions based on insurance periods completed prior to 10 April 1945 shall be governed by Austrian legislation.

6. For persons whose employment began before this Agreement entered into force, the time limit set in article 8, paragraph 2, shall begin to run from the date of entry into force of this Agreement.

*Article 22. Entry into force and termination*

1. This Agreement shall enter into force on the first day of the third month after the month in which the two Contracting Parties have notified each other that the legal and constitutional conditions for its entry into force have been fulfilled.

2. This Agreement is concluded for an indefinite period. Either Contracting State may denounce it in writing through the diplomatic channel upon three months' notice.

3. If this Agreement is terminated, its provisions shall continue to apply with regard to entitlements already acquired.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized, have signed this Agreement.

DONE at Vienna, on 19 June 1997, in duplicate in German and Spanish, both texts being equally authentic.

For the Republic of Austria:

ELEONORA HOSTASCH

For the Republic of Chile:

JORGE ARRATE MACNIVEN

[TRANSLATION -- TRADUCTION]

## CONVENTION SUR LA SÉCURITÉ SOCIALE ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE DU CHILI

La République d'Autriche et la République du Chili,  
Désireuses de réglementer leurs relations dans le domaine de la sécurité sociale,  
Sont convenues de ce qui suit :

### TITRE I. DISPOSITIONS GÉNÉRALES

#### *Article premier. Définitions*

1. Aux fins d'application de la présente Convention, les termes indiqués ci-dessous ont la signification suivante :

- a) le terme " Autriche " désigne la République d'Autriche;  
et le terme " Chili " désigne la République du Chili.
- b) le terme " territoire " désigne : pour l'Autriche, son territoire fédéral;  
pour le Chili, l'espace géographique auquel s'applique la Constitution politique de la République du Chili.
- c) le terme " ressortissant " désigne :  
pour l'Autriche, ses citoyens;  
pour le Chili, quiconque a la qualité de Chilien, conformément aux dispositions de la Constitution politique de la République du Chili.
- d) le terme " Législation " :  
Les lois, règlements et statuts auxquels obéissent les régimes ou systèmes de la Sécurité sociale indiqués au paragraphe 1 de l'article 2.
- e) l'expression " autorité compétente " désigne :  
pour l'Autriche, le Ministre fédéral chargé d'appliquer la législation visée à l'alinéa 1 du paragraphe 1 de l'article 2; et  
pour le Chili, le Ministre du travail et de la prévoyance sociale.
- f) le terme " Organisme " désigne : l'institution ou l'autorité chargée d'appliquer dans sa totalité ou en partie la législation visée au paragraphe 1 de l'article 2.
- g) l'expression " Organisme compétent " désigne l'Organisme responsable, selon la législation pertinente dans chaque cas.
- h) l'expression " période d'assurance " désigne les périodes de cotisation qui ont été effectivement complétées ou reconnues comme telles par la législation en vertu de laquelle elles ont été complétées, ainsi que des périodes analogues considérées comme équivalentes aux termes de ladite législation.

- i) le terme " Prestation " désigne une pension ou prestation financière, y compris les suppléments et augmentations, applicable en vertu de la législation de chaque État contractant.
2. Tout terme ou expression qui n'est pas défini dans la présente Convention a le sens que lui attribue la législation applicable.

*Article 2. Domaine d'application ratione materiae*

1. La présente Convention s'applique :
  - 1) Pour ce qui est de l'Autriche, à la législation établissant :
    - a) le Régime des pensions, à l'exception de l'assurance notariale;
    - b) l'assurance maladie et l'assurance accidents visées au Titre II;
  - 2) Pour ce qui est du Chili, à la législation établissant :
    - a) le nouveau régime des pensions de vieillesse, d'invalidité et de survivant, fondé sur la capitalisation individuelle;
    - b) les régimes relatifs aux pensions de vieillesse, d'invalidité et de survivant administrés par l'Institut de normalisation prévisionnelle; et
    - c) les régimes relatifs aux prestations de santé, aux fins de l'application des dispositions de l'article I4.
2. La présente Convention s'applique aussi à la législation qui, dans le futur, pourrait compléter ou modifier la législation visée au paragraphe 1.

*Article 3. Champ d'application ratione personae*

La présente Convention s'applique :

- a) aux personnes relevant ou ayant relevé de la législation d'un État contractant ou des deux;
- b) aux personnes qui tiennent leurs droits des personnes visées à l'alinéa a.

*Article 4. Égalité de traitement*

1. À moins que la présente Convention n'en dispose autrement, lors de l'application de la législation d'un État contractant, seront assimilés aux ressortissants dudit État :
  - a) Les ressortissants de l'autre État contractant;
  - b) Les réfugiés en vertu de la Convention relative au statut des réfugiés du 28 juillet 1951 et du Protocole du 31 janvier 1967 relatif à ladite Convention, qui ont leur domicile habituel dans l'un des États contractants.
2. Les dispositions du paragraphe 1 ne modifient en rien la législation autrichienne sur :
  - a) la reconnaissance des cotisations d'assurance prévus par les Conventions signées avec d'autres États;

- b) la participation des assurés et des employeurs à la gestion des Organismes et des associations, ainsi qu'à la jurisprudence de la Sécurité sociale;
- c) l'assurance de toute personne employée par une représentation autrichienne officielle dans un État tiers ou par des membres de ladite représentation.

3. En ce qui concerne la législation autrichienne sur la reconnaissance des périodes de service militaire et de périodes équivalentes, le paragraphe 1 ne s'applique pas aux ressortissants chiliens qui possédaient la nationalité autrichienne immédiatement avant le 13 mai 1938.

*Article 5. Versement des prestations à l'étranger*

1. À moins que la présente Convention n'en dispose autrement, les prestations auxquelles ont droit en vertu de la législation de l'un des États contractants les personnes mentionnées à l'article 4 ou les personnes dont les droits découlent de ceux de ces dernières ne peuvent faire l'objet de réductions, modifications ou suspensions au motif que leur titulaire a sa résidence ou son domicile sur le territoire de l'autre État contractant.

2. Aux termes de la législation autrichienne, les dispositions du paragraphe 1 ne s'appliquent pas au complément de pension.

TITRE II. DISPOSITIONS DÉTERMINANT LA LOI APPLICABLE

*Article 6. Règle générale*

À moins que les articles 7 et 8 n'en disposent autrement, le travailleur est assujéti à la législation de l'État contractant sur le territoire duquel il exerce son activité professionnelle, même si le siège de son employeur se trouve sur le territoire de l'autre État contractant.

*Article 7. Règles particulières*

1. Le travailleur envoyé par son employeur sur le territoire de l'autre État contractant pour y exercer des fonctions est assujéti à la législation en vigueur dans le premier État contractant pendant les soixante premiers mois calendaires de l'exercice de ses fonctions sur le territoire de l'autre État, comme s'il travaillait sur le territoire du premier État.

2. L'employé d'une entreprise de transport aérien ayant son siège sur le territoire d'un État contractant qui est envoyé sur le territoire de l'autre État contractant reste assujéti à la législation du premier État contractant comme s'il travaillait sur le territoire de cet État.

3. Les membres de l'équipage d'un navire et les autres personnes faisant partie du personnel de bord sont assujétiés à la législation de l'État contractant dont le navire bat pavillon.

*Article 8. Personnes employées au service du Gouvernement*

1. La présente Convention est sans effet sur les dispositions de la Convention de Vienne sur les relations diplomatiques du 18 avril 1961 et de la Convention de Vienne sur les relations consulaires du 24 avril 1963.

2. Nonobstant les dispositions de l'article 6, les ressortissants d'un État contractant recrutés par le gouvernement de cet État contractant pour fournir des services sur le territoire de l'autre État contractant peuvent demander, dans un délai de trois mois à compter de leur recrutement, à être assujettis à la législation du premier État contractant.

*Article 9. Exceptions*

1. À la demande conjointe de l'employé et de l'employeur, ou à la demande d'un travailleur indépendant, les Autorités compétentes des deux États contractants peuvent, d'un commun accord, établir des exceptions aux dispositions des articles 6 à 8, compte tenu de la nature de l'activité professionnelle et des circonstances dans lesquelles elle s'exerce.

2. Si, conformément au paragraphe 1, une personne reste assujettie à la législation autrichienne, cette législation s'applique comme si l'activité était exercée sur le territoire autrichien.

TITRE III. DISPOSITIONS CONCERNANT LES PRESTATIONS DE VIEILLESSE,  
D'INVALIDITÉ ET DE SURVIVANT

CHAPITRE PREMIER. DISPOSITION COMMUNE

*Article 10. Totalisation des périodes d'assurance*

Lorsque la législation d'un État contractant subordonne l'acquisition, la conservation ou la récupération du droit à prestation à la fin des périodes d'assurance déterminées, l'Organisme compétent dudit État doit considérer, le cas échéant, les périodes d'assurance accumulées conformément à la législation de l'autre État contractant comme s'il s'agissait de périodes accumulées conformément à sa propre législation.

CHAPITRE 2. PRESTATIONS CONFORMES À LA LÉGISLATION AUTRICHIENNE

*Article 11. Détermination du droit à prestations*

Lorsqu'une personne accumule des périodes d'assurance conformément à la législation des deux États contractants ou ses ayants droit sollicitent des prestations, l'Organisme compétent autrichien doit déterminer, conformément à la législation autrichienne, si le titulaire a droit à prestation en totalisant les périodes d'assurance conformément à l'article 10 et selon les règles suivantes;

- a) Quand la législation autrichienne subordonne l'octroi de prestations déterminées, une fois accomplies des périodes d'assurance dans une profession assujettie à un régime spécial, ou dans une profession ou activité déterminée,

seules doivent être considérées pour l'octroi de ces prestations les périodes cumulées conformément à la législation chilienne s'il s'agit de périodes cumulées au titre d'un régime similaire ou, au cas où un tel régime n'existe pas, dans la même profession ou activité.

- b) Lorsque, conformément à la législation autrichienne, les périodes pendant lesquelles a été perçue une pension permettent de prolonger le laps de temps pendant lequel doivent être accomplies des périodes d'assurance aux fins de percevoir une pension, ce laps de temps est également prolongé pour tenir compte des périodes pendant lesquelles ont été perçues des pensions conformément à la législation chilienne.

#### *Article 12. Calcul des prestations*

1. Lorsque existe un droit à prestation conformément à la législation autrichienne sans que soient appliquées les dispositions de l'article 10, l'Organisme compétent autrichien détermine la prestation en se fondant exclusivement sur les périodes d'assurance à considérer conformément à la législation autrichienne.

2. Lorsque existe un droit à prestation conformément à la législation autrichienne exclusivement sous réserve de l'application des dispositions de l'article 10, l'Organisme compétent autrichien détermine la prestation en se fondant exclusivement sur les périodes d'assurance autrichiennes légales et en considérant les dispositions suivantes :

- 1) Les prestations ou une partie de celles-ci dont le montant n'est pas fonction des périodes d'assurance cumulées sont attribuées sur la base du rapport entre les périodes d'assurance à prendre en compte conformément à la législation autrichienne aux fins du calcul de la prestation et 30 ans, période maximale donnant droit au montant complet.
- 2) Lorsque pour le calcul des prestations d'invalidité ou de survivant, il faut tenir compte de périodes postérieures à la date à laquelle se produit l'imprévu assuré, ces périodes ne sont prises en compte que sur la base du rapport entre les périodes d'assurance à prendre en compte conformément à la législation autrichienne pour le calcul de la prestation et les deux-tiers du total des mois calendaires écoulés depuis le 16<sup>ème</sup> anniversaire du titulaire jusqu'au moment où se produit l'imprévu assuré, et au maximum jusqu'à l'achèvement du total des périodes exigées.
- 3) Les dispositions de l'alinéa 1) du présent paragraphe ne s'appliquent pas :
  - a) aux prestations au titre d'une assurance plus importante;
  - b) aux prestations ou à une partie des prestations qui sont fonction du revenu et servent à assurer un revenu minimum.

3. Lorsque les périodes d'assurance à prendre en compte conformément à la législation autrichienne ne représentent pas un total de douze mois aux fins du calcul de la prestation, et seulement si ces périodes ne donnent pas droit à prestation, il n'est pas accordé de prestation conformément à ladite législation.

CHAPITRE 3. PRESTATIONS CONFORMES À LA LÉGISLATION CHILIENNE

*Article 13. Dispositions légales chiliennes*

1. Les affiliés à un Directoire de Caisses des pensions financent leurs pensions au Chili au moyen des fonds accumulés dans leur compte individuel de capitalisation. Lorsque ces fonds sont insuffisants pour financer des pensions d'un montant au moins égal à celui de la pension minimale garantie par l'État, les affiliés ont le droit d'ajouter les périodes d'assurance calculées conformément aux dispositions de l'article 10, afin de pouvoir demander une pension de vieillesse ou d'invalidité minimale. Les bénéficiaires d'une pension de survivant ont le même droit.

2. Pour déterminer si les conditions requises par la législation chilienne pour bénéficier d'une pension de vieillesse anticipée au titre du nouveau Régime des pensions sont remplies, les affiliés qui ont obtenu une pension conformément à la législation autrichienne sont considérés comme titulaires d'une pension au titre des régimes provisoires administrés par l'Institut de normalisation prévisionnelle.

3. Les travailleurs affiliés au nouveau Régime des pensions au Chili peuvent continuer à verser des cotisations volontaires à ce régime en tant que travailleurs indépendants pendant tout le temps où ils ont leur domicile en Autriche, sans préjudice de leur obligation de payer leurs cotisations conformément à la législation autrichienne sur les pensions. Les travailleurs qui optent pour ce système sont exonérés de l'obligation de verser des cotisations au régime de santé chilien.

4. Les cotisants aux régimes de pensions administrés par l'Institut de normalisation prévisionnelle ont eux aussi le droit de calculer les périodes conformément aux termes de l'article 10 pour pouvoir bénéficier de pensions en vertu de la législation pertinente. À ces fins, sont considérés comme cotisants les personnes qui, conformément au régime prévisionnel autrichien, ont droit à une pension de retraite.

5. Dans les cas prévus au paragraphe 1 et 4 ci-dessus, l'Organisme compétent fixe le montant de la prestation comme si toutes les périodes d'assurance avaient été accomplies conformément à sa propre législation et, aux fins du versement de la prestation, il calcule le montant des paiements qu'il a à effectuer sur la base du rapport entre la durée des périodes d'assurance accomplies exclusivement en vertu de la législation précitée et la durée totale des périodes d'assurance prises en compte par les deux États contractants. Si cette durée totale dépasse la longueur de la période fixée par la législation chilienne comme donnant droit à une pension complète, il n'est pas tenu compte, dans ce calcul, des périodes en excédent du total susmentionné.

6. En ce qui concerne les prestations d'invalidité, l'évaluation médicale de l'invalidité s'effectue conformément à la législation chilienne, et les examens médicaux effectués en Autriche peuvent servir de base à cette évaluation.

*Article 14. Prestations de santé pour les titulaires de pension*

Les personnes recevant une pension en vertu de la législation autrichienne et ayant leur domicile au Chili ont droit à bénéficier des régimes de santé chiliens dans les mêmes conditions que les ressortissants chiliens.

TITRE IV. DISPOSITIONS DIVERSES

*Article 15. Attributions des Autorités compétentes*

Les Autorités compétentes doivent :

- a) prendre les mesures administratives nécessaires aux fins de l'application de la présente Convention au moyen d'un Accord qui peut être conclu avant l'entrée en vigueur de ladite Convention;
- b) désigner des organes de liaison dotés des facultés mentionnées dans l'Accord, afin de faciliter l'application de la présente Convention et, en particulier, de permettre une communication directe et rapide entre les Organismes respectifs des deux États contractants.
- c) s'informer mutuellement des modifications apportées à leur législation ayant un effet sur l'application de la présente Convention.

*Article 16. Entraide*

1. Les Autorités et Organismes des États contractants se prêtent assistance mutuelle pour l'application de la présente Convention et se comportent comme s'il s'agissait d'appliquer leur propre législation. Cette assistance administrative est offerte à titre gracieux.

2. Aux fins de l'application de la présente Convention, les Organismes et Autorités des États contractants peuvent conclure des contrats directs entre eux, ainsi qu'avec les personnes titulaires ou leurs mandataires.

3. Les Organismes et Autorités d'un État contractant ne peuvent rejeter les demandes et autres démarches écrites qui leur sont présentées du simple fait qu'elles sont rédigées dans la langue officielle de l'autre État contractant.

3. Les examens médicaux effectués en application de la législation d'un État contractant sur des personnes se trouvant sur le territoire de l'autre État contractant doivent être effectués par l'Organisme du lieu où elles se trouvent à la demande de l'Organisme compétent et aux frais le l'Organisme qui effectue desdits examens. Dans le cas du Chili, ces examens médicaux sont pratiqués par les Organismes mentionnées dans l'Accord administratif.

*Article 17. Exonération de taxes et de légalisation*

1. Toute exonération ou remise prévue dans la législation d'un État contractant eu égard à des taxes, droits de timbre, droits de douane pour écrits ou instruments à présenter en application de sa législation s'applique également aux écrits et instruments à présenter en application de la présente Convention ou de la législation de l'autre État contractant.

2. Les instruments ou écrits devant être présentés en vertu de la présente Convention n'exigent pas de légalisation.

*Article 18. Présentation de documents*

1. Les demandes, déclarations ou actes introductifs de recours présentés en application de la présente Convention ou de la législation d'un État contractant devant une autorité, Organisme ou autre institution compétente dudit État contractant sont traités comme s'il s'agissait de demandes, déclarations ou actes introductifs de recours présentés devant une autorité, Organisme ou autre institution compétente de l'autre État contractant.

2. S'il est présenté une demande de prestation conforme à la législation d'un État contractant, ladite demande est traitée comme une demande de prestation présentée en vertu de la législation de l'autre État contractant. Néanmoins, le requérant peut demander expressément que la détermination d'une prestation de vieillesse pouvant être perçue conformément à la législation d'un État contractant soit différée.

3. Les demandes, déclarations ou actes introductifs de recours qui, en application de la législation d'un État contractant, doivent être présentés dans un délai déterminé devant une autorité, Organisme ou autre institution compétente dudit État peuvent être présentées dans le même délai devant l'institution pertinente de l'autre État contractant.

4. Dans les cas prévus aux paragraphes 1 à 3, l'entité qui reçoit ces demandes, déclarations ou actes introductifs de recours doit les remettre sans délai à l'entité compétente correspondante de l'autre État contractant.

*Article 19. Paiement des prestations*

1. Les organismes qui doivent verser les prestations conformément à la présente Convention peuvent les verser aux titulaires de l'autre État contractant dans la monnaie de l'État contractant payeur ou en dollars des États-Unis d'Amérique, avec effet libératoire.

2. Les virements de fonds effectués en vertu de la présente Convention se font conformément aux accords qui lient, en la matière, les deux États contractants à la date de la transaction.

*Article 20. Règlement des différends*

1. Les différends qui peuvent surgir entre les deux États contractants à propos de l'interprétation ou de l'application de la présente Convention sont réglées directement, dans la mesure du possible, par voie de négociations entre les Autorités compétentes des deux États.

2. Si un différend ne peut être réglé de cette façon dans un délai de six mois, il est soumis à un tribunal arbitral à la demande de l'un des États contractants.

3. Le tribunal arbitral est constitué sur une base ad hoc; chaque État contractant désigne un membre et les deux membres se mettent d'accord pour désigner, en tant que Président, un ressortissant d'un État tiers, qui est nommé par les Gouvernements des deux États contractants. Les membres du tribunal sont nommés dans un délai de deux mois et le Pré-

sident dans un délai de trois mois à compter de la date à laquelle un État contractant a fait connaître à l'autre son intention de soumettre le différend à un tribunal arbitral.

4. Si les délais prévus au paragraphe 3 ci-dessus ne sont pas respectés, l'un ou l'autre des États contractants peut demander au Président de la Cour internationale de justice de procéder aux nominations voulues. Si le Président est un ressortissant de l'un ou l'autre des États contractants ou s'il est empêché pour toute autre raison de s'acquitter de cette fonction, il appartient au Vice-Président de procéder à ces nominations. Si le Vice-Président est aussi un ressortissant de l'un des États contractants, ou s'il est lui aussi empêché de s'acquitter de cette fonction, le membre le plus ancien de la Cour internationale de justice, qui n'est ressortissant d'aucun des deux États contractants procède à ces nominations.

5. Le tribunal arbitral statue à la majorité des voix et sur la base des Conventions en vigueur entre les États contractants et du Droit international. Ses décisions ont force obligatoire. Chacun des États contractants supporte les frais de son arbitre et de ses représentants à la procédure arbitrale. Les frais afférents au Président du Tribunal et les autres frais sont répartis à parts égales entre les États contractants. Le tribunal peut ordonner une répartition différente des frais. À tous autres égards, le tribunal arbitral arrête lui-même sa procédure.

## TITRE V. DISPOSITIONS TRANSITOIRES ET FINALES

### *Article 21. Dispositions transitoires*

1. La présente Convention ne donne pas droit au versement de prestations pour la période antérieure à son entrée en vigueur.

2. Aux fins de déterminer le droit à prestations en vertu de la présente Convention, il est tenu compte également des périodes d'assurance accomplies conformément à la législation d'un État contractant avant son entrée en vigueur.

3. Sans préjudice des dispositions du paragraphe 1, la présente Convention s'applique aussi aux faits qui se sont produits avant son entrée en vigueur.

4. Dans le cas mentionné au paragraphe 3, les prestations à verser sur la base des dispositions de la présente Convention doivent être déterminées lors de la demande du titulaire. Si la demande de prestations est présentée dans les deux ans qui suivent la date d'entrée en vigueur de la présente Convention, les prestations doivent être versées à compter de cette date; dans le cas contraire, les prestations sont versées à compter de la date fixée par la législation de chaque État contractant.

5. Sans préjudice des dispositions du paragraphe 1 de l'article 5, la législation autrichienne s'applique au paiement de la partie de la pension autrichienne fondée sur les périodes d'assurance antérieures au 10 avril 1945.

6. Le délai fixé au paragraphe 2 de l'article 8 court, pour les personnes dont le recrutement a été effectué avant l'entrée en vigueur de la présente Convention, à compter de la date d'entrée en vigueur de ladite Convention.

*Article 22. Entrée en vigueur et dénonciation*

1. La présente Convention entre en vigueur le premier jour du troisième mois qui suit la date à laquelle les deux États se sont notifié par écrit qu'ils ont rempli les conditions légales et constitutionnelles nécessaires à son entrée en vigueur.

2. La présente Convention est conclue pour une durée indéterminée. Chaque État contractant peut la dénoncer par écrit par la voie diplomatique, auquel cas elle arrive à expiration dans un délai de trois mois.

3. En cas de dénonciation de la présente Convention, ses dispositions restent applicables pour les droits acquis.

En foi de quoi, les soussignés, à ce dûment autorisés par les deux États contractants, ont signé la présente Convention.

Fait à Vienne, le dix-neuf juin mil neuf cent quatre-vingt-dix-sept, en deux exemplaires originaux en langues allemande et en espagnole, les deux textes faisant également foi.

Pour la République d'Autriche:

ELEONORA HOSTASCH

Pour la République du Chili:

JORGE ARRATE MAC NIVEN

